

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://twitter.com/AI_El_Salvador . <https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



24. April 2024

ANA PIQUER: „AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT EIN ENDE DES AUSNAHMEZUSTANDS“

Interview in El Diario de Hoy, www.elsalvador.com am 24. April 2024

Die Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent schlägt umfassende Maßnahmen vor, um die Ursachen der Gewalt zu bekämpfen, ohne die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden.

Foto: <https://cdn-pro.elsalvador.com/wp-content/uploads/2024/04/Ana-Piquer.jpg>

Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands, der die Verhängung unverhältnismäßiger Maßnahmen und die Verletzung von Menschenrechten einschließt, zeigt, dass die Regierung von Präsident Nayib Bukele nicht bereit ist, ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nachzukommen, sagte Ana Piquer, Direktorin von Amnesty International für Nord- und Südamerika, bei der Vorstellung des Jahresberichtes über die globale Situation der Menschenrechte der Organisation.

Piquer forderte ein Ende des Notstandsregimes im Gegenzug zu umfassenden Maßnahmen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten und die Ursachen der Gewalt zu bekämpfen. Sie forderte auch die internationale Gemeinschaft auf, aufmerksam zu sein und entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, um eine größere Menschenrechtskrise während der zweiten Amtszeit von Bukele zu vermeiden. Hier folgt das Interview.

Welchen Standpunkt vertritt Amnesty International in Bezug auf den Ausnahmezustand und was sollte in dieser Situation unternommen werden?

Im Hinblick auf den Ausnahmezustand in El Salvador ist es von entscheidender Bedeutung zu erkennen, dass sein Fortbestehen das mangelnde Engagement der Regierung von Nayib Bukele für die Einhaltung ihrer internationalen Menschenrechtsverpflichtungen offenbart.

Die Verabschiedung unverhältnismäßiger Maßnahmen und die Leugnung oder gar Legitimation von Menschenrechtsverletzungen sind Handlungen, die in keinem Kontext zu rechtfertigen sind.

Amnesty International fordert ein Ende des Notstandsregimes und die Umsetzung umfassender Maßnahmen, die die Ursachen von Gewalt und Kriminalität bekämpfen, ohne die Sicherheit und Freiheit der Bevölkerung zu gefährden.

Wie steht El Salvador da im Vergleich zu anderen Ländern der Region in Bezug auf die Erfüllung seiner Pflicht, die Menschenrechte zu achten und zu garantieren?

Was die Erfüllung der Pflicht zur Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte in El Salvador im Vergleich zu anderen Ländern der Region anbelangt, so ist das Panorama leider besorgniserregend.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Das Fortbestehen massiver Menschenrechtsverletzungen, die Umgehung von Mechanismen der Rechenschaftspflicht und die Instrumentalisierung des Strafprozesses und des Strafvollzugs lassen auf eine Verschlechterung der Achtung und des Schutzes der Menschenrechte unter der Regierung von Nayib Bukele schließen.

Zumindest duldet dieses Regierungsmodell die staatliche Gewalt, die immer schneller zunimmt, ohne dass es Anzeichen dafür gibt, dass die Behörden sie eindämmen wollen, und von der unverhältnismäßig viele in Armut lebende Menschen betroffen sind; Menschen, die ohnehin schon am stärksten von der Bandengewalt betroffen waren.

Wie sieht es mit den Menschenrechten angesichts einer zweiten Amtszeit von Präsident Nayib Bukele aus?

In den letzten fünf Jahren haben wir eine deutliche Verschlechterung der Achtung und des Schutzes der Menschenrechte unter seiner Regierung erlebt.

Es besteht die ernste Sorge, dass sich diese Entwicklung während seiner zweiten Amtszeit fortsetzen und sogar noch verschlimmern wird. Das Fortbestehen repressiver Maßnahmen und die mangelnde Rechenschaftspflicht der Behörden schaffen ein Umfeld, das eine weitere Verschlechterung der Menschenrechtslage im Lande begünstigt.

Besonders besorgt sind wir über die Instrumentalisierung des Strafvollzugs und die Fortführung der Folterpolitik im Strafvollzug. Diese Faktoren könnten zu einer alarmierenden Zunahme von Verstößen gegen das Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren sowie zu einer Verschärfung der prekären Lage von Personen führen, denen die Freiheit entzogen wurde.

Darüber hinaus könnte die erhöhte Gefahr und Verwundbarkeit von Menschenrechtsverteidiger*innen und Andersdenkenden zunehmen, was zu weiterer Unterdrückung und Einschränkung der Meinungsfreiheit in El Salvador führen könnte.

In diesem Zusammenhang fordert Amnesty International die internationale Gemeinschaft dringend auf, aufmerksam zu sein und entschlossen zu handeln, um eine weitere Menschenrechtskrise während der zweiten Amtszeit von Bukele zu verhindern.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Druck auf die salvadorianische Regierung ausgeübt wird, damit sie ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt und die uneingeschränkte Ausübung der Grundrechte und -freiheiten für alle Menschen im Lande gewährleistet.

Welche Folgen hat es für die Bürger, dass der Staat keinen Zugang zu öffentlichen Informationen gibt?

Die Manipulation und Verheimlichung öffentlicher Informationen durch die Regierung Bukele untergräbt den zivilen Raum und behindert die Rechenschaftspflicht.

Dadurch wird ein Umfeld der Straflosigkeit aufrechterhalten und das Grundrecht der Bevölkerung verletzt, über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informiert zu werden. Die Gewährleistung eines transparenten und ungehinderten Zugangs zu öffentlichen Informationen ist für die Stärkung der Demokratie und den Schutz der Menschenrechte in El Salvador von entscheidender Bedeutung.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe
Verbindlich ist das spanische Original:

Ana Piquer: "Amnistía Internacional aboga por el cese del régimen de excepción", 24.04.2024,
<https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/regimen-de-excepcion-bukele-violaciones/1138147/2024/>

